

Im Namen des Profits - GATS

In der Februar – Ausgabe der Zeitschrift ÖGB – Solidarität findet sich ein Artikel mit folgenden Worten:

„Das GATS – Abkommen wurde vom österreichischen Parlament 1994 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Liberalem Forum angenommen. Für den freien Markt sollten dabei etwa Sektoren wie Banken, Versicherungen, Post, Bahn, Telekommunikation, Gesundheits- und Bildungswesen geöffnet werden.“

Nun was ergibt sich daraus? Es wird hier öffentlich zugegeben, dass Österreich, 1994, von Politikern zum Ausverkauf freigegeben wurde! Und heute schreien einige verantwortliche Politiker und Gewerkschafter: „STOPP GATS!“

Für jemanden der sich ein wenig intensiver mit dem GATS-Abkommen beschäftigt, hört sich das nach gewaltiger Verhöhnung an. Jetzt wird um Hilfe gerufen, als ob wir die bereits getätigte Unterschrift wieder ungeschehen machen könnten. Wo sind denn jene Politiker, die dafür verantwortlich sind, und den gesamten Dienstleistungsbereich zum Ausverkauf ans Messer geliefert haben?

Das GATS – Abkommen besteht bereits seit 9 Jahren! Warum wird erst jetzt, fünf Minuten vor zwölf, in den Medien darüber heftigst diskutiert? Haben jene Politiker vielleicht erst jetzt mitbekommen, was sie damals in Marrakesch unterschrieben haben? Oder wurde

es so typisch österreichisch aufgefasst?

Na ja, des kommt eh nicht, und wenn doch, wird's schon net so arg werden? Haben die damaligen Politiker vielleicht etwas unterzeichnet, was sie gar nicht gelesen haben oder waren sie doch etwas zu blauäugig und haben auf dieser Basis die Unterschrift geleistet? Anders kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, dass jemand seine Dienstleistungen zum Verkauf anbietet und seine Wähler verrecken lassen will!



Man sollte sich einmal vor Augen führen, dass wir die beste Trinkwasserqualität weltweit haben. Nun wird dieses Wasser an irgendeinen ausländischen Großkonzern verschachert und wir dürfen für unser eigenes Wasser, horrende Preise bezahlen. Wenn sich's jemand nicht mehr leisten kann, wird der Hahn ganz einfach zugedreht! Wie man dann überleben soll, ist den Verantwortlichen vollkommen egal!

Das hört sich zwar dumm an, wird aber Wahrheit werden, wenn wir uns nicht dagegen wehren.

Ich sage Euch, wir müssen uns gegen dieses Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, auflehnen, damit auch zukünftige Generationen noch unter normalen Verhältnissen leben können!

Eure Fini

Das Schweigen der Lämmer



Selbstbehalt für alle, keine Frühpensionen mehr, Privatisierung und massiver Personalabbau im öffentlichen Dienst, das sind die Vorhaben der neuen Regierung! Jene, die einen Aufschrei der Arbeitnehmervertretungen erwartet haben, wurden wie üblich bitter ent-

täuscht; weder ÖGB, noch seine Fachgewerkschaften protestierten bisher massiv gegen diese Demontage unseres Sozialsystems!

Still und leise verhalten sich unsere sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, die „schwarze“ Gewerkschaft Öffentlicher Dienst kuschelt sowieso.

Die Verquickung zwischen Politik und Gewerkschaft ist der Hauptgrund für die Untätigkeit unserer Gewerkschaften, trotz der stetigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Sozialsystems. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern herrscht Resignation: „Die machen eh nichts, denen san' wir wurscht“, bekommt man zu hören. So unrecht, scheint mir, haben sie nicht. Gerade jetzt, wo uns wieder eine schwarz-blaue Regierung beschert wurde, muss der ÖGB alle Kräfte mobilisieren und verhindern, dass es nicht zu

noch mehr sozialen Einschnitten und zum Ausverkauf Österreichs kommt.

Ausschlachtung unseres Sozialsystems mit freundlicher Unterstützung der Gewerkschaft? – So wie in der Vergangenheit, wo es neben halbherzigen Protesten und einer Urabstimmung des ÖGB gegen weiteren Sozialabbau, wo sich viele Mitglieder noch heute gefrotzelt fühlen, weil sie keine Konsequenzen hatte, wird es auch in Zukunft fröhlich weitergehen. Unter die Räder kommen aber – wie schon in jüngster Vergangenheit – die Arbeitnehmer!

Es wäre freilich falsch, den Gewerkschaften den Rücken zu zeigen und auszutreten. Darüber können sich nur die Arbeitgeber freuen. Viel wichtiger wird es daher sein, in Zukunft jene Kräfte zu stärken, die für einen grundlegenden Kurswechsel innerhalb der Gewerkschaftsbewegung kämpfen.

Denn eines ist sicher, auf Zusagen oder Versprechungen unserer Regierung kann sich keiner mehr verlassen. Ganze Bevölkerungsgruppen werden gegeneinander ausgespielt, Junge gegen „Alte“, Beamte gegen Angestellte, Unselbstständige gegen Selbstständige. Einen Zusammenhalt gibt es nicht mehr.

Roman Böhm-Raffay

Zur Info

Abfertigung NEU - Vertragsbedienstete bei Land und Gemeinde

Frage: Fallen Vertragsbedienstete, die beim Land oder bei der Gemeinde beschäftigt sind, unter das BMVG?

Antwort: Nein! Diese Personen sind ausdrücklich ausgenommen.

Hier bedarf es einer Regelung durch den jeweiligen Landesgesetzgeber. Dem Vernehmen nach soll nun beispielsweise in OÖ ab 1. Juli 2003 eine gesetzliche Regelung zur Anwendung von Abfertigung NEU für Gemeindebedienstete geschaffen werden.

Ob andere Bundesländer folgen werden, bleibt noch abzuwarten. Quelle: <http://abfertigung-neu.landesverlag.at/>

„Tolle Neuregelung“



Im November wohnte ich der letzten Vollversammlung des Bhf's Favoriten bei.

Ich hörte die Berichte zum Personalstand, Zahlen betreffend des Fuhrparkbestandes und den Fortschritten der Renovierungsarbeiten (u. v. m.).

Alles nicht wirklich aufregend für Fahrbedienstete wie DU und ICH.

Als jedoch unser BO dann das Thema Unterbrecherdienste ansprach, wurde ich hellwach - denn das geht uns alle an.

Ich lauschte den Ausführungen von Hrn. Hintersteiner mit wachsender Begeisterung. Er teilte uns mit, dass sich ungemein viele KollegInnen für tägliche Unterbrecherdienste in einer Liste freiwillig eingetragen haben. Somit hat die Dienststelle und unser BO sich für diese KollegInnen richtig ins Zeug gelegt und es konnten fixe Dienste für den Großteil dieser MitarbeiterInnen gefunden werden. Doch leider, hieß es, konnten die Wünsche einiger KollegInnen nicht erfüllt werden, da keine adäquaten Dienste mehr für die restlichen vorgemerkten MitarbeiterInnen vorhanden seien.

Diese Mitteilung war die Beste des Tages! Für mich, als auch für viele meiner KollegInnen sind diese Dienste eine Zumutung, somit viele der KollegInnerschaft nicht gleich ums Eck wohnen.

Bei einigen dieser Dienste ist die Zeitspanne des Unterbrechers so bemessen, dass sich eine Heimfahrt für viele nicht rentiert. Sie sind gezwungen am Auslaufexpedit, in einem Kaffeehaus oder wo auch immer, die Zeit totzuschlagen.

Somit sind Unterbrecherdienste bei den Meisten von uns, wie Ihr aus Erfahrung wisst, nicht gerade beliebt.

Da ich zu dieser Zeit im Leichtdienst der DION zugeteilt war, hatte ich wenig Kontakt mit der KollegInnerschaft meines Heimatbahnhofes. Wenn ich jedoch KollegInnen begegnete, hieß es oft: „Diese Woche schon wieder zwei Unterbrecher!“

Nach drei Monaten wieder im Fahrdienst zurück, staunte ich nicht schlecht, denn ich hatte selbst im Frühdienst einen Unterbrecher. Im nächsten Frühdienst waren es schon zwei Unterbrecher. Vielleicht sind es (wie im Vorjahr) im nächsten Frühdienst wieder drei Unterbrecher, wie vor der erfolgreichen Neuregelung?

Ich erinnere wieder an die Worte von Hrn. Hintersteiner in der Vollversammlung, wo er mit stolz geschwellter Brust den Erfolg der Neuregelung der Unterbrecherdienste an seine bzw. an die Fahnen der FSG-Personalvertretung heftete.

Ich frage Sie Hr. Hintersteiner, warum werden KollegInnen, die auf der Warteliste für fixe Unterbrecherdienste angeblich aufscheinen nicht berücksichtigt?

Viele KollegInnen, wie auch ich, stellen gerne, selbstlos und großzügig unsere Unterbrecher zur allgemeinen Verfügung.

Eva HARRER

Bhf. FAV

Fahrbedienstete

Gegen jeden Auftrag

Bereits im Jahr 1999 hat Dr. Wolfgang Schüssel, der Mann mit der besten Boden- (bzw. Sessel)haftung Österreichs, eine Regierung gebildet, ohne den dazu erforderlichen Auftrag des Bundespräsidenten in der Tasche zu haben.

Diese Regierung musste dann auch unterirdisch zur Angelobung schreiten, da sie sich anfangs gar nicht traute, sich einer ziemlich ergrimmten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Wie rasch so etwas zu einer Tradition werden kann, zeigt erneut der obgenannte Sesselkleber.

Diesmal wird der Auftrag der Bevölkerung, der da lautet, die FPÖ aus jeder Regierungsarbeit fernzuhalten, schlicht und einfach ignoriert.

Nach beinahe hundert Tagen des „Sondierens“, in denen man einer erstaunten Öffentlichkeit die Machtgier der Oppositionsparteien drastisch vor Augen führte, gibt es wieder eine schwarz - blaue Regierung.

Eine Regierung, die nicht nur den offenbar masochistisch veranlagten Österreicher/innen mit Lust und Wonne in die Taschen greift, sondern auch den Ausverkauf des Landes mit Vehemenz und „in aller Klarheit“ betreiben wird.

Klar ist dabei nur, dass man die GAIS - Verhandlungen und damit die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, speziell der Wasserversorgung, der Bildung, des Gesundheitsbereiches, des öffentlichen Nahverkehrs usw. im Interesse einer angeblichen Budgetsanierung durchführen wird, nur um diese Budgetsanierung durch den Ankauf von völlig überflüssigen aber sauteuren Abfangjägern gleich wieder ad absurdum zu führen.

Dass dabei die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nämlich, in vielfacher Hinsicht auf der Strecke bleiben, spielt keine Rolle.

Es ist scheinbar völlig wurscht, dass man nahezu sämtliche sozialen Errungenschaften der letzten hundert Jahre ersatzlos auf den Sperrmüll wirft. Denn natürlich ist klar, dass die WTO die meisten Bestim-

mungen des Arbeitsrechtes (von den Kollektivverträgen bis zum Kündigungsschutz) sowie des Arbeitnehmer/innenschutzgesetzes und seiner Entsprechungen im öffentlichen Bereich als „Handelshindernisse“ definieren und damit außer Kraft setzen wird. Vom Umweltschutz, den Raumplanungsbestimmungen usw. gar nicht zu reden.



Wichtig ist Herrn Dr. Schüssel nur, dass er seinen Machtrausch ausleben kann.

Pepi Cap hält diesen Herrn für einen „Hietzinger Napoleon“.

Ich denke, damit überschätzt er ihn gewaltig.

In Wirklichkeit ist Wolfi S. nur ein wildgewordener Vorgartenzwerg.

Aber leider sind halt, wie man weiß, die kleinen Viecher oft die gefährlichsten

fürchtet Euer

G. Haupt

Da wiehert der Amtsschimmel

Wir alle kennen den täglichen Ablauf in den Garagen und Bahnhöfen. Fahrtbehinderungen, Sonderzüge, Unfälle, Erkrankungen, all dies führt zu Verspätungen und unregelmäßigen Intervallen.

Hier kommen unsere Expeditoren ins Spiel, die mittels Kürzungen und Entfallen von Touren wieder einen regelmäßigen Intervall herstellen.

Mit Abschluss des Finanzierungsvertrages zwischen Wiener Linien und Gemeinde Wien wurde auch eine Kilometerleistung vereinbart, welche die Wiener Linien zu erbringen haben! Sollte die vereinbarte Kilometerleistung nicht erreicht werden, könnte es zu einer Reduktion der Finanzmittel kommen.

Die Auswirkung kann nur als obskur bezeichnet werden – **Brav rechnen liebe Expeditoren und Verkehrsführer, dass ist ab jetzt die Devise.**

Seit 14.12 müssen sämtliche entfallene Touren erfasst und nach Kilometer errechnet werden und dies netzweit auf sämtlichen Linien. Der damit verbundene, organisatorische Aufwand und die Kosten können sicher nicht als gering bezeichnet werden!

Auswirkungen auf das Fahrpersonal – Nun wenn heute noch ein Expeditoren sorglos kürzt kann dies in Zukunft ganz anders aussehen, da es ohne Zweifel zu einem gewissen Druck kommen wird, die Kilometerleistung zu erbringen.

Fahrer werden zwangsläufig länger am Zug sitzen und dementsprechend kürzer Pausen haben.

Ja, Ja, liebe Kollegen. Geld ist genug vorhanden wenn es um Prestigeprojekte a la SAP, RBL und unnötigen Tätigkeiten geht, für das Personal jedoch ist nichts da – hier muss gespart werden!

Verschmutzte Expedite

Verschmutzte Pausenräume, Toilettenanlagen, Duschräume usw. sind leider die Regel seit private Firmen die Reinigung auf den Dienststellen übernommen haben. Viele KollegenInnen berichten das Grundregeln der Hygiene nicht eingehalten werden. Mit Putztüchern mit denen die WC-Anlagen gereinigt werden, wird auch der Boden und die Tische gewischt. Stellen die nicht leicht zu erreichen sind werden erst gar nicht geputzt bzw. mangelhaft.

In den Toilettenanlagen bei den Männern, vor allem bei den Pissioars, können die Hygienischenbedingungen nur als katastrophal bezeichnet werden.

Als Hauptursache ist die mangelnde Ausbildung der Reinigungskräfte und die Einsparungen der Wiener Linien zu sehen. Die Wiener Linien wählten Privatfirmen um Kosten zu sparen. Hier ist die Hauptursache der Missetate zu sehen. Die Reinigungszeiten sind minutiös nach Minuten eingeteilt und viel zu kurz bemessen, eine ausreichende Reinigung ist in dieser Zeit unmöglich.

Trotz urgieren von Seiten des GLB auf verschiedenen Dienststellen, konnten immer nur kurzfristige Verbesserungen erreicht werden, wenige Tage später war jedoch alles wieder beim Alten.

Die hygienischen Bestimmungen von Seiten des Arbeitsinspektorats sind streng und eindeutig. Sollte es von Seiten des Unternehmens zu keiner nachhaltigen Verbesserung kommen, werden die GLB-Betriebsräte diese Missstände dem Arbeitsinspektorat zur Anzeige bringen!



Meint euer Kollege
Roman Böhm - Raffay

Einen nennenswerten Widerstand der europäischen Regierungen gibt es nicht.

Die unmittelbar von diesen Dingen betroffene Bevölkerung wird nicht einmal mehr informiert. Besonders erschreckend sind, die durch die oben erwähnte US-Propaganda erfolgten gesellschaftspolitischen Änderungen in Europa.

**Klassische europäische Werte, wie Streb-
samkeit, Ehrlichkeit, Solidarität und so-
zialer Zusammenhalt werden durch die
Ideologie des american way of life, das
heißt durch rücksichtslose Brutalität,
Käuflichkeit und absolutes Gewinnstreben
ersetzt.**

Das jahrtausendalte Erbe der europäischen Kultur wird bedenkenlos der Gewinnmaximierung amerikanischer Prägung geopfert.

Ein Beispiel gefällig?

Schönbrunn ist Weltkulturerbe.

Die Betriebs Ges.m.b.H. hat daraus eine „Erlebniswelt“ gemacht, die sich in nichts von einem Historyland amerikanischer Prägung unterscheidet.

Kratzt das jemanden? Nein?

Eben.

CIA-Chef George Tenet soll kürzlich in einer Ausschusssitzung des US – Senats folgende bemerkenswerte Äußerung von sich gegeben haben:

„Alles was nicht direkt unter amerikanischem Einfluß steht, ist grundsätzlich als verdächtig und daher als potentiell feindlich einzustufen. Jede Art von Antiamerikanismus, wo immer auf der Welt sie auch auftritt, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen“.

Also, mir kommt das irgendwie bekannt vor. Hat nicht vor 60 Jahren in Deutschland jemand etwas ähnliches von sich gegeben?

Wie auch immer, ich denke es ist Zeit, WIDERSTAND zu leisten!

WIDERSTAND gegen die Amerikanisierung Europas, die Zerstörung der europäischen gesellschaftlichen Werte und gegen den Ausverkauf der europäischen Kultur!

Unabhängig davon, ob wir politisch fortschrittlich oder konservativ eingestellt sind, ist es notwendig, sich darauf zu besinnen, wer wir sind und woher wir kommen!

Es kann und darf nicht sein, daß wir unser kulturelles Erbe, unsere sozialen Errungenschaften und letztlich auch unsere persönliche Freiheit noch länger aufs Spiel setzen!

Es ist durchaus im Sinne der „geistigen Landesverteidigung“, wenn wir uns weigern, alles was aus den Staaten kommt vorbehaltlos zu akzeptieren.

Widerstand beginnt in den Köpfen der Menschen!

Bringt Eure Freunde zum nachdenken, informiert sie, was läuft, und klärt sie darüber auf, was auf uns zukommt!

Ich denke, als Europäer sollten wir genügend Kraft und Selbstbewußtsein aufbringen, um uns gegen die Bestrebungen machtgeiler Größenwahnsinniger zur Wehr zu setzen!

Setzen wir den amerikanischen Imperiumsbestrebungen europäischen Patriotismus entgegen!

**Ich denke, wir können es schaffen,
meint Euer
G. Haupt**

W i n k e r

Ein Thema das Polarisiert

Unterhaltspflicht in Österreich

Unterhalt ja - aber gerecht

Die Wiener Linien – nicht gerade ein familienfreundlicher Betrieb, wie wir alle wissen. Deshalb ist nachfolgender Artikel sicher interessant, weil er doch eine grosse Anzahl der Mitarbeiter/innen betrifft oder noch betroffen wird.

Fast jeder kennt es, viele interessiert es gar nicht und einige wenige beschäftigen sich damit sehr intensiv: Das österreichische Unterhaltsrecht.

Recht ja – aber nicht Gesetz. Entscheidungen ja – aber nicht auf Gesetzesbasis, sondern auf Basis anderer richterlicher Entscheidungen. Man nehme, um nur ein Beispiel zu nennen, die Procentsatzmethode: Irgendwann hat mal jemand festgestellt, dass einem Kind im Alter von 0 - 6 Jahren vom Einkommen seines Vaters 16% zustehen. Da mit dem Lebensalter auch die Bedürfnisse des Kindes steigen, hat dieser Jemand entschieden, alle paar Jahre die Prozentsätze zu erhöhen. Also stehen dem Kind ab 6 Jahren 18%, ab 10 Jahren 20% und ab 15 Jahren 22% dessen zu, was der Vater in oft harter Arbeit erwirtschaftet. Dem geschiedenen Vater allerdings darf es nicht interessieren, was mit seinem Geld geschieht. Dafür ist die Mutter zuständig. Eigentlich steht dem Vater, sofern es nicht ein gemeinsames Sorgerecht gibt, überhaupt nichts mehr zu, außer eben schon brav und vor allem pünktlich seinen Anteil am Kindesunterhalt bei der Mutter abzuliefern.

Durch die allseits beliebte und immer wieder gerne angewandte Berechnungsmethode (monatliches Nettoeinkommen, mal 14 dividiert durch 12) „erhält“ der Unterhaltspflichtige 19 mal im Jahr mehr Verdienst, als wirklich auf seinem Lohnzeitel steht. „Aber mit dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld lässt sich das doch ausgleichen“, werden jetzt viele argumentieren. Tut es auch, jedoch immer im nachhinein. Was bedeutet, ein Unterhaltspflichtiger gibt bereits im Jänner, Februar, März, April und Mai (viele noch noch im Juni) jeweils einen Teil seines Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeldes aus. Wenn dann das 13./14. Gehalt am Konto ist, gleicht es gerade mal das Minus am Konto wieder aus. Und im zweiten Halbjahr ist es wieder das Gleiche.

Was passiert eigentlich mit Unterhaltspflichtigen, die eine neue Partnerschaft eingehen und in dieser vielleicht auch noch Kinder haben wollen? Da das Projekt Lebensabschnittspartner (oder auch

Patchworkfamilie immer mehr um sich greift, werden auch die Probleme in diese Richtung immer größer. Eine Frau, die einen Unterhaltspflichtigen als Partner hat und ein eigenes Kind mit ihm haben möchte, muss sich das sicher gut überlegen. Warum? Weil ihrem gemeinsamen Kind dann nur 1-2% des Einkommens des Vaters zustehen. Die Exfrau wird hier deutlich bevorzugt, wöderlich zusätzliche Spannung hervorgerufen wird.

Warum wird eigentlich dem Unterhaltspflichtigen keine Berücksichtigung seiner Lebenskosten gewährt? Der Unterhalt, den die Exfrau für die Kinder bekommt, dient zum Teil auch für die Lebenskosten wie Miete, Strom und Heizung. Schließlich muss die „arme“ Geschiedene nun ja für die Kosten ganz allein aufkommen, um ihren Kindern eine Wohnmöglichkeit zu bieten, wo es auch bei Nacht hell sein kann und im Winter schön warm. Doch muss nicht auch der Geschiedene eine Wohnmöglichkeit haben, mit ebensolchen Ansprüchen? Schlussendlich hat er ja auch die Kinder bei sich, möchte ihnen in dieser Zeit ein gemütliches „Zuhause“ bieten können. Wird nicht berücksichtigt!

Ebenso wenig verringert sich der Unterhalt der Kinder für die Zeit, in der sie bei ihrem Vater sind. Die Exfrau kassiert für das volle Monat den Unterhalt für die Kinder. Wenn die Kinder aber, nehmen wir an, 6 Tage im Monat beim Vater verbringen, so muss dieser die Kinder in diesen 6 Tagen verköstigen, mit ihnen etwas unternehmen, oder ihnen vielleicht sogar eine Kleinigkeit kaufen. Doppelte Belastung – niemandem kümmert es.

Österreich ist ein sozialer Staat. Für alle und jeden gibt es in irgendeiner Form Hilfen. Zuständige Ministerien, Ämter, Sozialarbeiter, Selbsthilfegruppen oder Vereine und Clubs, um nur einige zu nennen. Jeder und jede findet für sich (ihr) Problem einen Ansprechpartner, eine Hilfestellung und Unterstützung. Der Unterhaltspflichtige findet niemanden. Da gibt es keine Stelle, kein Amt, keine Behörde. Die einzige Möglichkeit ist ein guter Anwalt, aber der ist in den meisten

Fällen für Unterhaltspflichtige so unerschwinglich wie ein Porsche Boxster.

Aus diesem Grund wurde der Verein für Unterhaltspflichtige gegründet! Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Interessen, Nöte und Anliegen aller Unterhaltspflichtigen und deren Partner aufzuzeigen und zu vertreten. Wir fordern grundlegende Reformen im Unterhaltsrecht, wie z.B. ein fixes, den Lebenskosten angepasstes Existenzminimum für Unterhaltspflichtige, ein Gleichgewicht an Rechten und Pflichten, Berechnung der Alimentationszahlungen unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen, Neue Staffelung der abzugsfähigen Prozente bei der Geburt eines weiteren Kindes, um nur einige zu nennen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es natürlich auch Frauen gibt, die unterhaltspflichtig sind. Wenn wir von Unterhaltspflichtigen reden, so sind damit alle gemeint, egal ob Mann oder Frau. Abschlüssend möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir von keiner öffentlichen Stelle unterstützt werden und deswegen auf Sponsoren und Spenden angewiesen sind. Alle, die den Verein solcherart unterstützen, werden selbstverständlich auf der Internetseite des Vereins veröffentlicht.

Es wird Zeit eine starke Lobby zu schaffen, die in der Lage ist, durch Öffentlichkeitsarbeit (Werbung, Medienberichte, TV-Sendungen) die Ungerechtigkeiten zu thematisieren und einer breiten Masse zugänglich machen, um schlussendlich Einflussnahme in die Rechtsprechung des Unterhaltsrechts zu erreichen.

Wenn ihr mehr Informationen sucht oder Mitglied im VUJ werden möchtet, wendet euch bitte an folgende Ansprechmöglichkeiten:

Raimund Wehofer, Obmann, 0676/41 77 616
Karin Langer, stv. Obmann, 0676/34 27 140
Internet: <http://www.vfll.at>
E-Mail: vfll@schello.at

Die Meinung der Diskutanten muss nicht mit der unseren übereinstimmen.



Leistungstopf ZK-Check

von Fahrerwauz am 7. Jan. 2003 13:06

Ich kam auch schon in den Genuss der sogenannten positiven Überprüfung. Von positiv kann aber überhaupt nicht die Rede sein. Mir wurde die Marke vors Gesicht gehalten und ich wurde angeschmauzt „Leistungs-
topfüberprüfung“. Dann wurde mir jeder Schmarren vorgehalten.

Andere Kollegen sagten mir das bei ihnen die Überwachung nicht so streng war, anscheinend kommt es darauf an welchen ZKler man in die Hände fällt. Von positiven Ereignissen oder lobenden Erwähnungen des ZKlers kann jedoch keine Rede sein, denn Fahrgäste oder Anschlüsse abwarten wurden bei mir nicht positiv erwähnt. Ich finde es auch ungerecht, das wir zusätzlich noch kontrolliert werden, jedoch die Altbediensteten nicht.

Da sieht man wieder, wie unterschiedlich wir KVler behandelt werden

von Bimler am 7. Jan. 2003 20:22

Lieber Fahrerwauz!

Diese von Dir angesprochene Positivüberprüfung besteht aus zwei Überprüfungen, das heißt zwei Fahrten! Unter Umständen erwischst Du bei der zweiten Überprüfung einen humaneren ZKler.

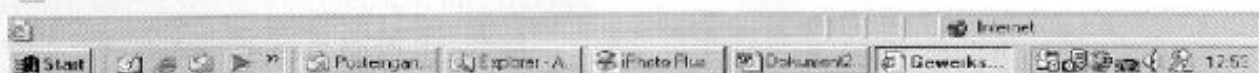
Jedoch ist für die Auszahlung aus dem Leistungstopf, die ZK-Checkliste nicht alleine ausschlaggebend! Auch Deine Dienststelle wird noch eine eigene Checkliste über Dich erstellen. Wenn Du nun als netter und unauffälliger Bediensteter bekannt bist und keine Beanstandungen hast, brauchst Du Dir nicht allzu große Sorgen machen. Wenn Du jedoch schon von vornherein ein ungutes Gefühl hast wäre es nur von Vorteil, wenn Du einen PV Deiner Wahl zum Mitarbeiterorientierungsgespräch mitnimmst.

Falls Du jedoch mit dem Ergebnis nicht einverstanden sein solltest, hast Du die Möglichkeit, Dich an die nächsthöhere Instanz (Bahnhofsleiter) zu wenden. Hier wäre es aber ratsam wenn Du einen „Betriebsrat“ mit hinzuziehen würdest!!! Falls Du Dich mit dem Endergebnis durch Unterschrift aber schon einverstanden erklärt hast, hast Du die Möglichkeit, innerhalb von zwei Tagen Einspruch zu erheben.

Mfg. Adi Becker
GLB-Mitarbeiter
V48s/Favoriten-Simmering

von Robbi am 8. Jan. 2003 09:00

Ich wurde auch schon kontrolliert, der von der ZK war ganz korrekt, habe aber von anderen Kollegen gehört, dass nicht alle so korrekt sind. Einige dürften den Sinn von positiv-check noch nicht verstanden haben, da sollte noch einmal nachgeschult werden!



Die Kreditfallen der Banken - AXA-SABATA Informiert

Die Kreditaufnahme ist ein unangenehmer Vorgang für alle Bankkunden, man fühlt sich als Bittsteller und tritt dementsprechend auf!

Hier einige Tipps die bei einer Kreditaufnahme zu beachten sind

Nehmen Sie sich Zeit, und holen Sie unbedingt mehrere Kreditangebote von unterschiedlichen Banken ein, vergleichen und Verhandeln lohnt sich!

Lassen sie sich unbedingt beraten, welche Kreditvariante (BZK, Wohnungs-, Hypothekarkredit) die für sie zutreffende ist.

Nebenkosten verteuern Kredite

Darunter fallen: Bearbeitungsgebühr, Aufschlag der Bank (Marge), Besicherung des Kredites (div. Versicherungen).

Viele Banken bieten quasi „verpflichtend“ ihre hauseigenen teuren Produkte an und bestehen häufig auf den Abschluss zusätzlicher Versicherungen oder Sparvarianten (Bausparvertrag, Unfallversicherungen).

Beispiel Hypothekarkredit

Bei einem Kredit von 73.000 Euro (Laufzeit 20 Jahre) können Kreditnehmer durch Vergleichen und Verhandeln Zinsen und Spesen bis zu **11.100 Euro sparen**. Achtung auf Zinsfallen bei niedrigen Fixzinsangeboten und Bauspardarlehen.

• Hypothekarkredite: Variable Zinsen zwischen 4,25 und 5,25 Prozent. Fixzinsen ab 3,875 Prozent: Nach Fixzins-Phase drohen Zinssprünge!

Studie laut AK-Wien mehr Info auch unter www.akwien.at

Auch bei einfachen Krediten ist Vorsicht angebracht und viel Zeit zum Vergleich der Angebote notwendig! Deshalb freuen wir uns, das der GLB mit der Agentur SABATA & WIEGELE ein kostenloses Finanzservice allen Gemeinde - Bediensteten anbietet.

1. Kostenlose Beratung über Kreditarten inklusive Bankenvergleich
2. Abwicklung aller Kredite zu günstigsten Konditionen
3. Sämtliche Bankwege werden übernommen

Infos Herr Klaus Sabata Tel. 0699 11984736 Herr Heiner Wiegele Tel. 0699 11357385



DER ^{Jul/} _{August} WINKER

IMPRESSUM:

Herausgeber, Verleger und Hersteller:

Fraktion GLB in der GdG, 1090 Wien, Maria Theresien Str. 11. Redaktionsbüro: 1170 Wien, Eleuterleinplatz 6/2 - Tel.: 407 69 36;

e-mail: gib.gemeinde@aon.at

www.gib-gemeinde.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Fotos: copyright by GLB/GdG